Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 55 (1961)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : erstarrte Fronten ; Nichts gelernt! ; Neue Methoden? ; Die Krise in Südkorea ; Ungarn wird sozialistisch ; Jenseits der Klassengesellschaft ; Und der neue Mensch?

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140590

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Umschlagplatz, an dem das Angebot Gottes ergriffen wird und im nächsten Augenblick an die Welt weitergegeben wird. Damit haben wir alle Hände voll zu tun und keine Zeit, uns an den Bau von Kirchenmauern zu machen.» B. W.

WELTRUNDSCHAU

Erstarrte Fronten Äußere Umstände zwingen mich, diese Rundschau früher abzuschließen, als es normalerweise nötig gewesen wäre. Aber das Weltbild wird sich in den nächsten Wochen kaum wesentlich ändern, und wenn neue Ereignisse eintreten, so gliedern sie sich leicht in den größeren Zusammenhang ein, in dem wir alle Einzelgeschehnisse immer sehen müssen, handle es sich nun um die Einstellung der Kernwaffenversuche und die Abrüstung überhaupt, um die Deutschlandfrage, um Laos, um die Umgestaltung des UNO-Sekretariats oder um welchen Streitpunkt immer, der die beiden großen Machtlager voneinander trennt.

Welches ist denn dieser allgemeine Zusammenhang? Kurz gesagt: einfach der sogenannte Kalte Krieg zwischen «Ost» und «West» (um diese wenig genauen Begriffe doch immer wieder zu benützen), besser: der bald «kalte», bald «heiße» Krieg, den der kapitalistische Westen seit 1917 gegen die immer größer werdende sozialistisch-kommunistische Welt des Ostens führt. Mit dem richtigen Instinkt der Besitzenden und Herrschenden empfinden die Oberklassen des Westens und ihre Mitläufer im Kleinbürgertum und in der Arbeiterschaft das Aufkommen des Kommunismus als tödliche Bedrohung ihrer Machtstellung, ihrer Wirtschaftsweise, ihres Staats und ihrer ganzen Lebensform und strengen all ihre (und ihrer Völker) Kräfte an, um die kommunistisch regierten Staaten zu zerschlagen oder doch ihren Einfluß zurückzudämmen und die Welt für das «freie Unternehmertum» offenzuhalten. Es begann mit dem konzentrischen militärischen Angriff auf die gerade erst entstehende Sowjetunion am Ende des Ersten Weltkrieges und in den Jahren danach und dauert in wechselnden Formen bis auf den heutigen Tag weiter, nur unterbrochen von dem gemeinsamen Krieg der Westmächte und der Sowjetunion gegen Hitler, den nach anfänglichem Zögern auch das kapitalistische Bürgertum Westeuropas und Nordamerikas als den zunächst gefährlicheren Feind erkannte. Es nahm dann aber sofort nach Roosevelts Tod den weltweiten Kampf gegen die Sowjetunion wieder auf, deren Stellung durch den Beitritt der osteuropäischen Volksrepubliken, des neuen China, Nordkoreas und Nordvietnams zum Ostblock mächtig verstärkt wurde, und die auch wirtschaftlich, technisch und kulturell immer erfolgreicher in Wettbewerb mit dem Westen trat.

Was für ein Ergebnis hat nun dieser gewalttätige Antikommunismus des Westens in all diesen Jahren gehabt? Lassen wir die große

Neuyorker Wochenschrift «US News & World Report» (1. Mai 1961) reden: «Das Eindrucksvolle ist die Geschwindigkeit des kommunistischen Vordringens und des westlichen Rückzugs in einem Kontinent nach dem andern.» Und dann zählt das Blatt auf: 1948: Verlust der Tschechoslowakei für die Westmächte. 1949: China mit seinen 600 Millionen Einwohnern wird kommunistisch. 1954: Nordvietnam schließt sich dem «roten Asien» an. 1956: Durch Nasser faßt Rußland zum erstenmal in der Geschichte im Mittelosten Fuß. 1959: Kuba gerät in die Bahn des Kommunismus. 1960: Der rote Umsturz beginnt sich in Afrika — Guinea, Kongo — auszuwirken. 1961: Die kommunistische Stellung in Südostasien festigt sich. Der Westen sucht einen Kompromiß. Und in Kuba treten zum erstenmal in Nordamerika sowjetische Flugzeuge und Panzerwagen in Tätigkeit. «Mit anderen Worten: Innert 16 Jahren haben die Kommunisten die Herrschaft über mehr als 800 Millionen Menschen in 13 Ländern gewonnen und sind von Rußland als Stützpunkt mit sensationellem Erfolg in vier Kontinenten, eingeschlossen Nordamerika, vorgedrungen. Die Vereinigten Staaten und der Westen haben sich ihrerseits aus Osteuropa, einem großen Teil Asiens und des Mittelostens zurückgezogen und stehen jetzt in der Verteidigung in Afrika und in der westlichen Erdhälfte. All das ist ein sehr großer Umschwung innert einer verhältnismäßig kurzen Zeitspanne. Kommt jetzt Lateinamerika dran?»

Der neue Präsident der Vereinigten Staaten hat sich nun allerdings zur Aufgabe gesetzt, die vermeintliche Schlappheit der amerikanischen Außenpolitik unter Eisenhower, die den kommunistischen Vormarsch begünstigt habe, zu überwinden und seinem Land die weltpolitische Initiative zurückzugeben. Aber seine ganze «Dynamik» hat am Stillstand, ja Rückgang des nordamerikanischen Bewegungskrieges nichts zu ändern vermocht; die Fronten haben sich im Gegenteil eher verhärtet, die west-östliche Spannung hat sich seit dem Wiener Treffen noch verschärft und der Ausblick auf die überschaubare Zukunft ist für die Westmächte ganz allgemein wenig erfreulich. Chruschtschew erklärt einmal übers andere, bis Jahresende werde die Sowjetunion mindestens mit Ostdeutschland einen Friedensvertrag abschließen, der die Lage in Berlin normalisieren müsse; die Konferenz über die Einstellung der Kernwaffenversuche scheint völlig ergebnislos abgebrochen zu werden;* in Laos, Südvietnam und Südkorea ist für die Ver-

* Die Hauptverantwortung dafür liegt bei der Sowjetregierung, die jetzt plötzlich die Frage der Kernwaffenversuche mit derjenigen der allgemeinen Abrüstung verkoppelt wissen will, für die Kontrolle allfälliger widerrechtlicher Kernwaffenversuche eine dreigliedrige Kommission verlangt, die einstimmig (also immer mit Zustimmung des Sowjetvertreters) urteilen müsse, und die anscheinend neuartige Erfindungen (Neutronbombe?) gern ausprobieren möchte. Die Vereinigten Staaten anderseits erklären (von den Kernphysik-Fanatikern wie Dr. Teller abgesehen), sie seien der Sowjetunion in bezug auf Menge und «Güte» der Atombomben weit überlegen und hätten nicht unbedingt neue Versuche nötig, deren Wiederaufnahme auch politisch unerwünschte Wirkungen haben könne.

einigten Staaten nicht mehr viel zu holen; die amerikanisch-belgische Machtstellung im Kongo ist sichtlich erschüttert, seit Tschombé kapitulieren mußte, während Frankreich, der unentbehrliche Verbündete Amerikas, keinerlei wesentliche Zugeständnisse von der Provisorischen Algerischen Regierung erwarten darf und die Verhandlungen in Evian deshalb nicht vom Fleck kommen. Erstarrung und Verdüsterung auf der ganzen Linie.

Nichts gelernt! Haben aber Kennedy und seine Ratgeber aus ihren bisherigen Mißerfolgen nicht doch etwas gelernt — über die Erkenntnis hinaus, daß sie es künftig geschickter anpacken müßten, um der alten Politik mehr Erfolg zu sichern? Man wird es schwerlich behaupten können. «Die Absicht, Castro zu stürzen und ein gegenrevolutionäres Regime in Havana aufzurichten», so stellt die «Monthly Review» (Juniheft) fest, «ist ganz und gar nicht aufgegeben, sondern an höchsten Stellen immer wieder bekräftigt worden. Es scheint auch so gut wie sicher, daß Kennedy plant, dem drohenden Zusammenbruch des Ngo Dinh Diem-Regimes in Südvietnam durch die Entsendung amerikanischer Truppen und die Verwandlung des Landes in eine amerikanische Militärkolonie nach dem Muster von Formosa und Südkorea zu begegnen. Überall, wo die Reaktionäre und Gegenrevolutionäre scheitern, amerikanisches Militär einzusetzen — das scheint der Weisheit letzter Schluß, den Washington aus den jüngsten Erfahrungen herauszuholen imstande war.» Aber, so fährt die Neuyorker Zeitschrift fort, die Mißerfolge der bisherigen amerikanischen Politik werden sich in der ganzen unterentwickelten Welt wiederholen, «in Asien und Afrika, in Lateinamerika und — jawohl — auch in Europa, wo die Franco- und die Salazar-Diktatur in dem unterentwickelten Spanien und Portugal bereits nur noch auf Abruf leben. Wenn die Vereinigten Staaten versuchen sollten, jedesmal Truppen zu entsenden, wenn es gilt, von einem zusammenbrechenden Regime die Macht zu übernehmen, dann hat sich unser Land, ob es das nun weiß oder nicht, auf einen abenteuerlichen Kurs der nacktesten imperialistischen Eroberung eingelassen, der in der Weltgeschichte zu verzeichnen ist. Es macht dabei keinen Unterschied, ob der zugestandene Zweck die Verteidigung der ‚Freiheit' gegen den ‚Kommunismus' ist oder ob die ‚beschützten' Länder den Aufputz der Souveränität behalten — jede Regierung, deren Gebiet von fremden Truppen besetzt ist und die einzig dank der Anwesenheit dieser Truppen an der Macht bleibt, ist ganz einfach ein Kolonialregime.»

Angesichts dieser Tatsache und angesichts der freigebigen Unterstützung, die die reaktionärsten und volksfeindlichsten Regierungen der Welt wie diejenige von Syngman Rhee und Tschiang Kai-schek, Diem und Menderes, Battista, Franco e tutti quanti von seiten der Vereinigten Staaten und der Westmächte überhaupt genießen oder genossen haben, kennzeichnen sich alle Freiheitslosungen der kapita-

listischen Demokratien als eitel Trug und Lüge. Das gilt nicht zuletzt von der «heiligen Pflicht, die Freiheit Westberlins zu schützen», die die Westmächte übernommen hätten, und die sie unter allen Umständen zu erfüllen entschlossen seien, falls die Sowjetunion versuche, sich einseitig über die feierlich verbrieften Rechte der Westmächte in Berlin hinwegzusetzen. Denn wann und zu welchem Zweck ist denn das berühmte Viermächtestatut für Westberlin beschlossen worden? Es ist klar: Bei Kriegsende, 1945, im Zusammenhang mit der Potsdamer Konferenz und mit dem Zweck, die Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands sichern zu helfen. Die Westmächte haben seither diese Zweckbestimmung immer offener verleugnet. Statt, wie es das Potsdamer Abkommen vorsah, zusammen mit der Sowjetunion ein neues, friedfertiges, demokratisches Deutschland aufzubauen, haben sie einen westdeutschen Teilstaat aufzubauen geholfen, der im alten, sowjetfeindlichen Geist seine Wehrmacht mit ungeheuren Mitteln wiederherstellt und ihr wertvollster Bundesgenosse im Kalten Krieg gegen den Osten geworden ist. Westberlin spielt dabei für sie als Militärstützpunkt, Auffanglager und politisch-wirtschaftliches Kampfzentrum gegen den Osten eine unschätzbar wichtige Rolle, die es um keinen Preis verlieren dürfe. *Darum* die wilde Entschlossenheit des Westens, Rechte zu verteidigen, die ihnen 1945 genau zum Gegenteil des Zweckes verliehen wurden, den sie *jetzt* in Westberlin verfolgen. Die Freiheit der Westberliner ist ihnen nur insoweit wichtig, als es gegen die DDR und die Sowjetunion geht; nicht die Liebe zu Recht und Freiheit ist es, die ihre Haltung in der Frage von Berlin und Deutschland überhaupt bestimmt, sondern der Wille zur Macht!

Es wird einem ordentlich schlecht, wenn man aus dem Mund der westlichen Staatsmänner die Sicherung der Selbstbestimmung der Völker und des Menschenrechts aller Erdbewohner als ihr höchstes Ziel preisen hört, und wenn auch bei uns zulande beispielsweise Kennedys rednerische Bekenntnisse zu einem Regime freier Menschen als der besten Gewähr für wirtschaftlichen Fortschritt und soziale Gerechtigkeit als bare Münze angenommen werden. Was die unterentwickelten Völker, die zwei Drittel der Menschheit, die nie genug zu essen haben, in erster Linie ersehnen, das ist nicht die Art Freiheit, die man im kapitalistischen Westen meint, sondern Freiheit von Not und Elend und Unwissenheit. Es ist der Sturz der Herrschaft eben der Klassen, die die Westmächte als vermeintlich sicherste Hilfskräfte im Kampf gegen den Sozialismus mit Geld und Soldaten großzügig unterstützen, und die Schaffung eines Mindestmaßes von sozialer Gerechtigkeit, was diese Völker brauchen, eine Ordnung also, die erst die Voraussetzung auch für politische Freiheit und Demokratie ist — nicht umgekehrt.

Neue Methoden! Solange das die Wort- und Staatsführer des Westens nicht gelernt haben, ist alle Hoffnung auf ein friedliches Auskommen von West und Ost vergebens, ist auch

alle Militärgewalt und Kriegsrüstung vergebens, die in den Dienst des «Freiheitsideals» der atlantischen Welt gestellt wird. Aber hat Präsident Kennedy nicht eine *«neue Methode»* angekündigt, die den Sieg dieses Ideals über dasjenige des Kommunismus sicherstellen soll? Nach dem Scheitern des Angriffs auf Kuba hat er tatsächlich in dunklen Ausdrücken von einer solchen Umstellung der amerikanischen Strategie im Kalten Krieg gesprochen, und seither wird darüber in militärischen und politischen Kreisen eifrig verhandelt. «Die Amerikaner», so schreibt zum Beispiel «US News & World Report» (15. Mai), «stecken alljährlich 42,5 Milliarden Dollar in die Landesverteidigung, großenteils Ausgaben für Kernwaffen. Aber Kriege werden heutzutage durch Propaganda, Umsturz, Einsickerung und Guerillatätigkeit gewonnen. Kernwaffen liegen zwar bereit, aber für einen Krieg, der nicht kommt. In bezug auf Waffen von der Art, wie die Kommunisten sie anwenden, um die Welt zu erobern, werden die Vereinigten Staaten als ‚jammervoll schwach' bezeichnet. Auch in bezug auf Waffen und Mannschaften für einen Krieg von der hergebrachten Art, wo es entscheidend auf den Landsoldaten ankommt, werden die Vereinigten Staaten als ‚jammervoll schwach' bezeichnet, während Sowjetrußland und Rotchina sehr stark sind. Amerika wird kurz gesagt als für den falschen Krieg gerüstet erklärt, aber ungerüstet für die Art Krieg, den die Kommunisten führen. Auf Präsident Kennedys Befehl ist ein Studium dieser ganzen Lage jetzt im Gang.»

Auch das tönt recht geheimnisvoll. Sehr viel deutlicher wird schon Henry Gemmill in dem sehr konservativen «Wallstreet Journal»*, der sich rücksichtslos gegen all die Pläne für eine «halbmilitärische» (paramilitary) Kriegführung ausspricht. Amerika, so verlangen nach diesem offenbar Eingeweihten die «Sachverständigen», solle all die «schmutzigen Manöver» ebenfalls anwenden, die bei den Kommunisten üblich seien, und womöglich noch neue dazu erfinden. «Ehrenwerte Männer von hohem Rang sitzen jetzt in dieser Stadt (Neuyork, H. K.) herum und erörtern die Möglichkeit von Dingen wie die planmäßige Ermordung kommunistischer Führer im Ausland ... Ihr Denken dreht sich um besondere Formen von Sabotage, Terror, organisierten Pöbelbewegungen und Bestechung in bestimmten, als Ziel ausersehenen Ländern als Form einer aktiven Kriegführung. Die Taktik würde je nach Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit wechseln und sowohl offensiv gegen Länder des roten Blocks als defensiv innerhalb ausgewählter verbündeter und neutralistischer Länder angewandt werden ... Wie es sich einige dieser Planer vorstellen, würden die Vereinigten Staaten, die nach außen hin immer noch im Frieden leben würden, beständig in öffentlich nicht zugegebene Handlungen verwickelt, die mehr oder weniger gewalttätiger Art wären ... Halbmilitärische Kriegführung wäre vermutlich weniger todbringend und ver-

* 16. Mai 1961

heerend, soweit sie im Ausland betrieben würde, als andere Formen des modernen Krieges, und ihr versteckter Charakter macht sie für uns sicherer. Aber irgendeine Art Krieg muß es halt geben, sollen sich nicht die Kommunisten über die ganze Welt ausbreiten . . . Wenn auch moralische Einwendungen gegen den Plan erhoben wurden, so dreht sich die Gegnerschaft gegen allumfassende halbmilitärische Unternehmungen innerhalb der Regierung doch nur um rein praktische Erwägungen.» Man könne eben, so heißt es, solch weitausgreifende Unternehmungen doch nicht geheimhalten. Ferner liege, wie der Verfasser des Aufsatzes betont, in der Heimlichkeit der neuartigen Kriegführung die Gefahr beschlossen, daß ein paar Männer in höchster Stellung sie unter Umgehung aller verfassungsmäßigen Hindernisse von sich aus ins Werk setzen könnten. Kommunistische Regierungen könnten solchen Unternehmungen ebenso wirksam entgegentreten wie einem offenen Krieg, während anderseits halbmilitärische Kriegführung die internationalen vertraglichen Verpflichtungen der Vereinigten Staaten, ja das Völkerrecht verletzen müßte und die Vertrauenswürdigkeit Amerikas in Frage stellen würde. «Wenn man einmal im Ausland überzeugt ist, daß sich die Vereinigten Staaten auf geheime Manöver eingelassen haben und ihre Beamten zum Lügen darüber entschlossen sind, so wird man auch bereit sein, Amerika mit Handlungen zu belasten, die nicht zu seiner Politik gehören.»

Ich habe diesen wahrhaft aufsehenerregenden Artikel (dessen Kenntnis ich einer treuen Leserin und Mitarbeiterin der «Neuen Wege» in den Vereinigten Staaten verdanke) darum so ausführlich angeführt, weil er auch denen, die immer noch blind sein wollen, den Star stechen und klarmachen sollte, was für ein Geist in Kennedys Regierung umgeht, mag nun die Idee des Präsidenten in irgendeiner Form verwirklicht werden oder nicht. Im übrigen werden ja die «schmutzigen Methoden», die jetzt planmäßig ausgebaut werden sollen, auch von den Vereinigten Staaten schon längst angewandt; man denke nur an die U-2-Flüge, die zur Verhinderung der Pariser Gipfelkonferenz im vergangenen Jahr so wesentlich beigetragen haben und über die von Eisenhower bis zum letzten USA-Journalisten schamlos gelogen wurde, oder an den Angriff auf Kuba, der vom amerikanischen Geheimdienst (CIA) mit Wissen zweier Präsidenten ins Werk gesetzt wurde — von der ganzen planmäßigen Unterwühlung besonders der Sowjetunion, für die einmal in aller Offenheit die nötigen Kredite gefordert und bewilligt wurden, überhaupt nicht zu reden.

Erfolg wird die «neue» Methode freilich so wenig haben wie die «alte» der offen militärischen Rüstungen und Kriegsdrohungen. Vor allem die Drohung mit dem Atomkrieg wird sich je länger, je überzeugender als Bluff erweisen; sie birgt die immer größer werdende Gefahr in sich, daß irgendeine unglückliche Verkettung von Umständen, ja ein bloßer Zufall oder eine unbedachte Handlung und erst recht eine böswillige Auslösung des Bombardierungsmechanismus die

Katastrophe herbeiführt. Davon abgesehen ist es aber, wie Max Born, der berühmte deutsche Physiker, in dem Büchlein «Physik und Politik» sagt, völlig klar, daß atomare Abschreckung «nur wirksam ist, wenn man entschlossen ist, die Drohung auch auszuführen. Da das aber nationalen Selbstmord bedeuten würde, so ist diese Entschlossenheit nicht glaubhaft». Aber auch sonst, so ist Professor Born überzeugt, beruhe die Abschreckungslehre auf einer falschen Vorstellung, derjenigen nämlich, die das Wettrüsten als eine Art Seilziehen auffasse, bei dem beide Parteien gleich stark seien. «Tatsächlich sind aber beide Parteien bemüht, sich dauernd zu verstärken durch neue Mannschaften. Wenn auch das Gleichgewicht dabei einigermaßen erhalten bleibt, so steigt doch die Spannung am Seil — bis es reißt und beide Seiten auf dem Rücken liegen. Wir haben eben nicht mehr stehende Heere mit traditioneller Bewaffnung wie in früheren Jahrhunderten, sondern ein Wettrüsten in technischem Ausmaß und Tempo, noch beschleunigt durch die Angst vor dem Gegner. Mit der Sicherheit ist es also nichts, das Seil muß einmal reißen.»

Die Krise in Südkorea Als Beispiel für die innere Unwahrheit der Freiheitslosung, mit der die Vereinigten Staaten und die Westmächte überhaupt ihren Kampf gegen den Weltkommunismus führen, sei doch auch noch auf *Südkorea* und seine neueste Entwicklung hingewiesen. Amerika zog 1950 in den Krieg, um Koreas «Freiheit» vor kommunistischem Zugriff zu schützen, und riß die Vereinten Nationen mit sich in den Krieg. Das Ergebnis des «Freiheitskampfes» war die Befestigung der feudalen und rohkapitalistischen Diktatur Syngman Rhees, hinter dem eine völlig korrupte, untüchtige Oberschicht von Grundbesitzern und Kaufleuten stand. Eine starke amerikanische Armee bewahrte Südkorea vor der Revolution eines verelendeten Volkes, sollte aber auch die Voraussetzung dafür schaffen, daß Südkorea in das politische und wirtschaftliche System *Japans* eingegliedert würde, das große Bollwerk und Industriezentrum, das die Ausbreitung des Kapitalismus über das ostasiatische Festland hin sichern soll. Statt Südkorea, wie ähnlich die Philippinen, Formosa und Südvietnam, direkt mit Dollarmilliarden zu stützen, strebten (und streben immer noch) die Vereinigten Staaten danach, die japanischen Kapitalgesellschaften nach Südkorea zu ziehen, dessen Ausbeutung diese geschickter und wirksamer vornehmen konnten als die Amerikaner, die in Japan ein profitableres Betätigungsfeld sahen. Aber hier machte der eigensinnige alte Syngman Rhee nicht fügsam genug mit. Er war gewiß ein hartgesottener Kommunistenfeind, aber noch mehr ein unnachgiebiger Japanerfeind, war doch Korea bereits 40 Jahre lang unter japanischer Herrschaft gestanden und rücksichtslos ausgeraubt worden. Syngman Rhee wurde so für die Vereinigten Staaten mehr und mehr ein höchst unbequemer Vasall, zumal er neuerdings wieder den «Marsch nach Norden» — gegen die kommunisti-

sche Republik Korea — und einen atomaren Angriff auf China und die Sowjetunion forderte. Hatte Washington *dazu* seit 1945 mehr als drei Milliarden Dollar in Südkorea angelegt, daß es sich von einem senilen Diktator seine ganze Ostasienpolitik durchkreuzen ließ?

Die allzu krasse Fälschung der Wahlen vom 15. März 1960 und die folgenden Studentenunruhen boten den Vereinigten Staaten den erwünschten Anlaß, sich Syngman Rhees zu entledigen. Der «demokratische» Chang Myun besorgte denn auch willfährig die amerikanischen Geschäfte und führte den Plan einer Eingliederung Südkoreas in den japanischen Wirtschaftskreis nach Möglichkeit aus. Aber mit geringem Erfolg, soweit es sich um die Behebung der Not des südkoreanischen Volkes handelte. Wie ein ungenannter amerikanischer Hochschullehrer, der ein Jahr lang in Südkorea tätig war, in der «Monthly Review» (Mai 1961) feststellt, führt die südkoreanische Bauernbevölkerung — drei Viertel von den 14 Millionen Gesamteinwohnerschaft des Landes — ein eigentliches Hungerdasein, versinkt mehr und mehr in Schulden, ist mehr oder weniger des Lesens und Schreibens unkundig und hat heute eine Lebenserwartung von kaum 33 Jahren. Die Industrie steht großenteils still; soweit sie noch in Betrieb ist, zahlt sie — besonders den Tausenden von blutjungen Textilarbeiterinnen — richtige Hungerlöhne. Drei Millionen Menschen sind ganz arbeitslos; Hunderttausende von den zwei Millionen Einwohnern Söuls hausen in unbeschreiblich jämmerlichen Löchern; Hunderttausende von Waisen und (nach amtlicher Schätzung) 300 000 Mädchen irren im Land herum und machen Bettel und Prostitution zur normalen Massenerscheinung, während eine Armee von 600 000 Mann bei freilich niedrigstem Sold für «Ruhe und Ordnung» und für die Verteidigung gegen den Kommunismus sorgt.

Gleichzeitig nimmt die japanfeindliche Stimmung eher noch zu. Die fortschrittlichen Kräfte fordern ein geeinigtes, aber neutrales Korea mit mehr oder weniger sozialistischer Wirtschafts- und Gesellschaftsform als einzigen Ausweg aus der Not des Landes. Die Feindschaft gegen Amerika ist nach wie vor «eine Sprengkraft in einem Volk, das an tägliche Beschimpfungen durch 50 000 reiche Yankees gewöhnt ist», wie der Verfasser der genannten Studie schreibt. Aber «die Grundschwierigkeit ist, wie aus der gegenwärtigen menschlichen und wirtschaftlichen Versumpfung herauszukommen ist, die die amerikanische Herrschaft gebracht hat, ohne daß man in heftigen Gegensatz zu den ‚Wohltätern' gerät . . . Niemand, am wenigsten die dortigen Amerikaner, würden den Abzug der USA-Truppen bedauern; aber nur Vereinigung mit Nordkorea oder japanische Herrschaft kann die amerikanische Wirtschaftshilfe ersetzen. Und die Vereinigten Staaten wollen Korea nicht fahren lassen». Im Vergleich zu Südkorea ist das kommunistische Nordkorea glänzend gestellt, aber man liebt das dortige Regime dennoch im Südteil des Landes wenig. «Die (Süd-) Koreaner wünschen heute weder eine amerikanische noch eine japa-

nische noch eine kommunistische oder sonst eine Herrschaft, sehen sie doch, wie ihre langersehnte Unabhängigkeit durch den Kalten Krieg zerstört wurde. Aber, wie die koreanischen Kommunisten sagen: die Wahl steht vielleicht nur noch zwischen ihnen und dem Hungertod — und das nicht in ferner Zukunft.»

Man sieht auf jeden Fall, wie grotesk stumpfsinnig der im vergangenen Mai unternommene Versuch ist, durch eine Militärdiktatur die Probleme Südkoreas zu lösen und die «kommunistische Gefahr» zu bannen. Die «patriotischen» Generäle, die auf unbestimmte Zeit am Ruder bleiben zu wollen erklären, sind in einer ebenso wenig beneidenswerten Lage wie die Amerikaner, denen über kurz oder lang auch Südkorea entgleiten wird. Dagegen helfen alle Beschwörungen des Geistes derjenigen «Freiheit» nicht, die sie im Weißen Haus zu Washington meinen . . .

Ungarn wird sozialistisch Wenden wir uns nun aber noch einmal *Ungarn* zu, über dessen heutige Lage ich auf Grund von Reiseeindrücken schon im letzten Heft der «Neuen Wege» berichtet habe, und das uns als Hinweis auf die gewaltigen Möglichkeiten dienen kann, die im Aufbau einer sozialistischen Ordnung für die Menschwerdung unterentwickelter und niedergehaltener Völker beschlossen sind. Ich habe erwähnt, wie stark die industrielle Produktion zugenommen hat (die landwirtschaftliche Erzeugung entwickelt sich erheblich langsamer), wie das Volkseinkommen gewachsen ist, die Reallöhne erhöht wurden, der Verbrauch — auch der «gehobene» — ansteigt. Der Monatsverdienst der Arbeiter (ohne Gewinnbeteiligung und Prämien) ist allein von 1957 bis 1960 von 1486 auf 1574 Forint in der Industrie gestiegen, im Baugewerbe von 1513 auf 1577 Forint. Spezialisierte Facharbeiter bringen es *mit* Gewinnbeteiligung und Prämien bis zu 5000 Forint im Monat und verdienen so mehr als der Großteil der Ingenieure. Die Lebenshaltung der Arbeiterschaft hebt sich unter diesen Umständen von Jahr zu Jahr. Die Leute schaffen sich (oft mit Ratenzahlungen) moderne Möbel an, leisten sich Motorräder, ja allmählich auch Autos (an denen es freilich sehr fehlt, da sie alle eingeführt werden müssen), kaufen sich eine Stockwerkwohnung oder bauen sich ein kleines Haus, wenn sie ihr Geld nicht auf die Sparkasse tragen. Daß man in Ungarn gut, oft *zu* reichlich und unzweckmäßig (Schweinefleisch!) ißt und trinkt (der Verbrauch von Wein und Bier ist in den letzten drei Jahren um 20 Prozent gestiegen), ist bekannt. Aber auch sonst macht es einem den Eindruck, daß sich die Lebenshaltung des ungarischen Volkes merklich derjenigen des hochentwickelten Westens nähert. Und der neue Fünfjahrplan soll sie bis 1965 noch weiter heben, soll er doch das Realeinkommen je Kopf um einen Viertel, das Volkseinkommen sogar um das Anderthalbfache erhöhen.

Nun wendet man freilich von bürgerlicher Seite ein, daß alle diese Fortschritte auch unter kapitalistischem Regime hätten erzielt werden können, ja daß wahrscheinlich auch Ungarn in diesem Fall sein «Wirtschaftswunder» erlebt hätte in der blendenden Form, wie es sich etwa in Westdeutschland und Österreich darbiete. Die Arbeitsergiebigkeit, so las man vor einiger Zeit beispielsweise in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 698), sei in Ungarn viel geringer als in Westeuropa, ja auch geringer als in den anderen sozialistischen Ländern; man müsse zu kapitalistischen Methoden greifen, um die Arbeitsleistung in der Industrie zu steigern, und komme damit dennoch nicht viel weiter, da eben der Arbeiter nicht aus purem sozialistischem Heroismus Höchstleistungen vollbringe.

An solchen Einwendungen ist zweifellos etwas Richtiges. Wir bemerkten selbst das — nach westlichen Begriffen — ziemlich geruhsame Arbeitstempo auch in sehr gut ausgerüsteten Fabrikwerkstätten, und daß nicht wenige ungarische «Freiheitskämpfer», die nach 1956 in den Westen geflüchtet waren, wo sie ein bequemes Leben erwarteten, inzwischen in die Heimat zurückgekehrt sind, hängt ebenfalls zum Teil mit dem Unterschied des Arbeitstempos hier und dort zusammen. Aber ist denn die Hast und Hetze des Arbeitslebens in den kapitalistischen Ländern wirklich ein Vorzug gegenüber der gemächlicheren Lebens- und Arbeitsweise der «rückständigen» Völker des Ostens (und des Südens)? Und ist nicht die Entfesselung eines rücksichtslos selbstsüchtigen Erwerbsgeistes und Profitstrebens, wie es die kapitalistische Wirtschaft ganz allgemein beherrscht und im besonderen die gegenwärtige Hochkonjunktur im Westen — eingeschlossen die Schweiz — erst so richtig ermöglicht hat, ist nicht die hier zum Ausdruck kommende Lebensauffassung und Lebensführung etwas durch und durch Ungesundes, sittlich Minderwertiges? Mag es in Ungarn — wie in den anderen Ostländern — materiell auch nicht so schnell vorwärtsgehen wie in den Ländern des vielgerühmten «freien Unternehmertums» und des ungehemmten Konkurrenzbetriebs, so ist doch die sozialistische Planwirtschaft, die auch Ungarn aufgebaut hat, menschlich und sittlich dem im Westen vorherrschenden System weitaus überlegen, und es wird sich zeigen, daß sie auch rein materiell auf die Dauer höhere Leistungen und verläßlichere Ergebnisse erbringen wird als die kapitalistische Wirtschaftsweise. Es ist noch nicht aller Tage Abend; daß der Spät- und Neukapitalismus es verstanden habe, Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit endgültig auszuschalten, ist nur eine Wahnvorstellung, deren trügerischen Charakter die klügeren Vertreter der bürgerlichen Ordnung selbst zu durchschauen beginnen. Die Art und Weise, wie in der sozialistischen Planwirtschaft jede Arbeitslosigkeit verunmöglicht wird, unterscheidet sich grundsätzlich und zu ihrem Vorteil von der im Westen üblich gewordenen Technik der Konjunkturlenkung, und auf jeden Fall ist das, was das neue Ungarn hier fertiggebracht hat, gegenüber den Zuständen im alten, feudalkapitalisti-

schen Ungarn mit seiner dauernden Massenarbeitslosigkeit, besonders der Massen des Landproletariats, ein wahrer Segen.

Jenseits der Klassengesellschaft Noch viel bedeutsamer aber sind, in meinen Augen wenigstens, die *sozialen* Wirkungen der fortschreitenden Überwindung von Kapitalismus und Feudalismus auch in Ungarn. Der Klassengesellschaft mit all ihren schweren Schäden und Lastern wird mehr und mehr der Boden entzogen, auf dem sie entstehen und sich behaupten konnte. Sie ist gewiß noch nicht einfach verschwunden; Lebens- und Denkformen, Gewohnheiten, Sitten und Gefühle, die jahrhundertelang den gesellschaftlichen Zustand einer Bevölkerung gekennzeichnet haben, verlieren ihre Macht nicht in fünfzehn Jahren eines neuen wirtschaftlichen «Unterbaus». Aber sie weichen doch allmählich — und auf manchen Gebieten sogar recht schnell — einer neuen sozialen Wirklichkeit, die mehr und mehr auch das Denken und Fühlen des Volkes bestimmt. Kann auch noch nicht von einer klassenlosen Gesellschaft geredet werden, die in Ungarn entstanden sei, so ist doch schon allein der Wegfall herrschender Klassen, deren Machtstellung sich auf den Besitz der entscheidenden Wirtschaftsmittel gründete, eine im besten Sinn folgenschwere Tatsache. Es gibt keine Großgrundbesitzerklasse mehr, die auf dem Rücken eines verelendeten Landvolkes ihr Herrenleben führte. Es gibt keine Klasse von Großkapitalisten mehr, die dank der Ausbeutung einer besitzlosen Arbeitermasse aus ihrer Betätigung in Industrie, Finanz und Handel unverdiente Riesengewinne ziehen konnte. Die Herrschaft der zweihundert (oder wieviel es in Ungarn waren) Familien, die von der Wirtschaft her auch den Staat in Händen hatten und die öffentliche Meinung ebenso wie Schule und Kirche ihrem Vorteil dienstbar machten, gehört der Vergangenheit an. Faschismus und Kriegskräfte haben ausgespielt; einzig schon die Verunmöglichung einer privaten Rüstungsindustrie, die ein feindseliges Völkerverhältnis, wenn nicht den Krieg selbst braucht, ist eine Leistung, um die wir Ungarn wahrlich beneiden müssen.

An die Stelle der Klassengesellschaft, die von tausend inneren Gegensätzen zerrissen ist, soll nun in Ungarn mehr und mehr eine Gesellschaft von solidarisch Gleichberechtigten und Gleichgeachteten treten, die nicht mehr Reiche und Arme, Gebildete und Ungebildete, Ausbeuter und Ausgebeutete kennt, sondern nur Glieder einer Volksgemeinschaft, die nicht bloß wie bei uns schöne Phrase oder höchstens unerreichbares Ideal bleibt, sondern zur täglich erlebten Wirklichkeit wird. Der Mensch erfährt hier eine ganz andere Wertung als in der kapitalistischen Gesellschaft, wo er nur Kostenbestandteil einer dem Reichwerden «freier Unternehmer» gewidmeten Wirtschaft, Gegenstand der Übervorteilung durch die Klügeren und Stärkeren ist; er wird Selbstzweck in einer Gemeinschaftsordnung, die gerade auch dem jetzt Geringgeachteten und Schwachen zu seinem Recht verhilft.

Die Sozialpolitik der Ungarischen Volksrepublik ist so ganz ausgesprochen auf die Schaffung von Wohlstand und Kulturmöglichkeiten *für alle* und auf einen gesellschaftlichen Ausgleich gerichtet, der nichts von Gleichförmigkeit an sich hat und doch die krassen Unterschiede von Einkommen und Vermögen, wie sie für die bürgerliche Ordnung kennzeichnend sind, allmählich überwindet. Noch gibt es zwar stoßende Ungleichheiten des Einkommens auch im neuen Ungarn; die Künstler (wenn sie sich durchsetzen) und die Ärzte zum Beispiel verdienen ein Vielfaches der meisten Hand- und Kopfarbeiter. Aber die Richtung geht doch auf die Ausschaltung des kapitalistischen «Leistungsprinzips» und die Anerkennung der Notwendigkeit, ein menschenwürdiges Leben *allen*, ohne Rücksicht auf vermeintliches Verdienst und Ansehen, zu sichern. So geht jetzt die Zahl der Werktätigen in den unteren Lohnklassen immer weiter zurück; verdienten im Jahre 1957 noch 20,7 Prozent weniger als 1000 Forint im Monat, so waren es 1960 nur noch 12,9 Prozent, während die Zahl der über 2000 Forint Verdienenden im gleichen Zeitraum von 12,7 auf 18,4 Prozent anstieg.

Alter und Krankheit machen auch in Ungarn keine Geldsorgen mehr. Mit einer Abgabe von 3 Prozent ihres Lohnes erwerben sich heute Männer vom 60. und Frauen vom 55. Lebensjahr ab den Anspruch auf eine *Altersrente*, die 50 Prozent des durchschnittlichen Monatseinkommens der vorangegangenen Arbeitsjahre plus 1 Prozent der Stammrente für jedes Arbeitsjahr nach 1929 ausmacht. *Ferien* gibt es je nach Arbeitsjahren und Beschäftigung 12 bis 24 Werktage im Jahr in Heimen, die — so hörte ich zum Beispiel von einem Werkzeugmacher — ganze 180 Forint (nach dem Wechselkurs etwa 36 Franken) für 14 Tage mit voller Pension berechnen.

Gesundheitsdienst und Krankenbehandlung sind natürlich völlig kostenfrei, abgesehen von 15 Prozent Beitrag des Patienten an Arzneimittel. Was das für eine Wohltat ist, kann kaum ermessen werden; besonders in der Landbevölkerung, aber natürlich auch in der Industriearbeiterschaft der Städte muß man sich erst noch richtig an diese Umwälzung aller früheren Begriffe und Einrichtungen gewöhnen. Die ehemals so gefürchteten großen Volksfeinde wie die Tuberkulose werden immer vollständiger ausgerottet, zumal auch die Zahl der Ärzte, der Krankenhauspfleger und -pflegerinnen, der Spitalbetten und der Genesungsheime gegen den Vorkriegsstand außerordentlich zugenommen hat. Die Kindersterblichkeit ist heute um über 70 Prozent niedriger als 1940/41; anderseits erhalten schwangere Frauen bis zu vier Monaten Krankengeld (vor und nach der Niederkunft) und entbinden in den Städten fast zu 100 Prozent, auf dem Land zu 60 und mehr Prozent in der Klinik.

In diesem Zusammenhang sei auch auf die nach unseren Vorstellungen ungewöhnlich niedrigen *Mietpreise* hingewiesen. Wo wir auch Stichproben machten, fanden wir für moderne Zweizimmerwohnungen

mit Küche und Bad Monatsmieten von nur 120 bis 150 Forint (24 bis 30 Franken), für Ein- und Anderthalbzimmerwohnungen entsprechend geringere Ansätze. Die Wohnungsnot ist besonders in den Städten noch sehr groß, aber doch gegenüber der ersten Nachkriegszeit fühlbar gemildert; in Budapest soll sie gemäß dem jetzt in der Ausführung begriffenen Bebauungsplan in den nächsten 15 Jahren gänzlich überwunden werden — was eine bedeutende Leistung darstellen würde angesichts der Tatsache, daß durch die Kriegshandlungen 80 Prozent aller Gebäude beschädigt und 20 Prozent ganz unbewohnbar geworden waren und die Hauptstadt heute fast doppelt soviel Einwohner zählt wie vor dem Krieg.

Von unschätzbarem Wert ist schließlich, daß im neuen Ungarn nicht nur alle Kinder zur *Schule* gehen (vor dem Krieg besuchten mehr als 20 Prozent der Kinder überhaupt keine Schule, nicht einmal die primitiven Elementarschulen), sondern die Allgemein- und Berufsbildung auch so gut wie gänzlich kostenfrei ist und damit dem Aufstieg aller Begabten zu den höchsten und verantwortungsvollsten Stellungen kein finanzielles Hindernis mehr im Wege steht. Das Bildungsmonopol der Besitzenden und Wohlhabenderen ist radikal und endgültig gebrochen — wiederum ein großer Schritt zur klassenfreien Gesellschaft hin. Seine volle Bedeutung für die Entfaltung und Nutzbarmachung aller Begabungen, die in der Klassengesellschaft unter dem Druck materieller Not und Begrenzung verkümmern, wird erst in kommenden Jahren klarwerden. Schon heute aber wächst im ungarischen Volk ein neues Lebensgefühl, das die Sozialisierung der Wirtschaft und die Abtragung der Klassenschranken erzeugt hat. In einer Würdigung der Ergebnisse einer Erhebung, die die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei im Jahre 1958 über die materielle und geistige Lage der Arbeiterschaft durchführte, schreibt Lajos Kokolovszky («The New Hungarian Quarterly», Januar 1961) mit gutem Grund, die geistige Verbürgerlichung der Arbeiterschaft, die sich den «oberen» Klassen unterlegen fühlte und deren Denk- und Lebensweise nachzuahmen suchte, sei nun einfach unmöglich geworden. «Gegenwart und Vergangenheit tragen beide dazu bei, das Gefühl der Arbeiter für ihre Stellung und ihr Verständnis für die Tatsache zu schärfen, daß sie Angehörige der führenden Klasse einer gewandelten Gesellschaft sind . . . Sie können nichts dafür — das ist einfach *ihre* Gesellschaft.» Die ungarischen Arbeiter sehen es sogar, wie der Verfasser glaubt, «allzusehr als selbstverständlich an, daß ihre heutige Stellung um ein Vielfaches vorteilhafter und behaglicher ist als die ihrer Eltern».

Und der neue Mensch? Nichts wäre aber irriger als anzunehmen, die neue Umgebung, die sich in Ungarn (wie in allen sozialistischen Ländern) herausgebildet hat, schaffe von selbst auch den neuen, den «sozialistischen» Menschen, der nötig ist, um den neuen Einrichtungen wirkliches Leben und Dauer

zu gewähren. Soviel Richtiges in dem berühmten Satz Marxens ist, daß es nicht das Bewußtsein der Menschen sei, das ihr Sein, «sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt», so wahr bleibt es doch, daß letzten Endes die gesellschaftlichen Verhältnisse, besonders die Produktions- und Austauschbeziehungen der Menschen, von ihrem sittlichen Bewußtsein geschaffen werden und bestimmt sind. Hinter dem Feudalismus wie hinter dem Kapitalismus (und jeder anderen bisherigen Gesellschaftsform) stehen geistige und sittliche Kräfte, wenn auch meist negativer Art, und solche Kräfte — diesmal positiver Art — bewirken entscheidend auch den Übergang zum Sozialismus und dessen Fortdauer, nicht einfach technische, wirtschaftliche und andere materielle «Gesetze».

Es ist darum ein eigentliches Verhängnis, daß der sich in unserer Zeit verwirklichende Sozialismus (und Kommunismus) seine Welt- und Lebensanschauung nicht aus seinem eigenen, zutiefst sittlichen Wesen ableitet, sondern sie in allem Wesentlichen von der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft übernommen hat, und daß er namentlich der Religion, der stärksten Quelle aller Sittlichkeit — gerade auch der sozialistischen Sittlichkeit — grundsätzlich mit Feindseligkeit und Verachtung begegnet. Das ist natürlich auch in Ungarn der Fall. Nicht daß dort die Religionsausübung «verfolgt» würde, wie das bei uns immer noch behauptet wird. Davon ist keine Rede. Sowohl die Katholiken (die 52 Prozent der Bevölkerung ausmachen) als die 26 Prozent Protestanten (Lutheraner, Calvinisten, Evangelische, Unitarier usw.) sind in ihrer gesamten kirchlichen Tätigkeit volkommen frei, auch in der Herstellung und Verbreitung ihrer Literatur und in der Erteilung des (fakultativen) Religionsunterrichts. Der Staat hat auch die durch den Krieg beschädigten Kirchen auf seine Kosten wiederherstellen lassen und trägt in erheblichem Maß zu den Ausgaben der Kirchenverwaltungen bei (zum Beispiel durch Übernahme eines Drittels der Besoldung der protestantischen Pfarrer). Das kirchliche Leben ist besonders auf protestantischer Seite überaus rege; die Gottesdienste sind auch im allgemeinen sehr gut besucht und an Pfarrern ist keinerlei Mangel. 15 Prozent der Theologiestudierenden sind übrigens Frauen, die freilich keine selbständige Pfarramtstätigkeit ausüben können, sondern sich dem Unterricht, der Fürsorge und dergleichen widmen.

Das und anderes hörten wir sehr entschieden betont und bestätigt in einer langen Unterredung, die wir eines Nachmittags mit zwei katholischen Geistlichen (der eine war Bischof) und zwei protestantischen Pfarrern hatten. Mit auffallender Wärme hoben namentlich die beiden katholischen Würdenträger das friedliche Verhältnis ihrer Kirche zum ungarischen Staat hervor. «Wir stehen vor einer ganz neuen Lage», sagte der eine; «wir machen ein Experiment durch und warten seine Ergebnisse ab.» Die Verbindung der ungarischen Katholiken mit Rom besteht ungeschwächt weiter; die Regierung gab zum Beispiel dem Budapester Erzbischof die Erlaubnis zur üblichen Rom-

reise, doch fand die Bischofskonferenz eine solche Fahrt nicht für zweckmäßig und wollte anscheinend noch abwarten, wie die Entwicklung weiter verlaufe. Es macht so den Eindruck, als halte sich die Katholische Kirche Ungarns mehrheitlich von offenkundigen Reaktionären wie Kardinal Mindszenty (der noch immer in der amerikanischen Botschaft Schutz genießt) ebenso fern wie von den «Friedenspriestern», die sich auf den Boden der neuen Ordnung gestellt haben. Wie Mindszenty, der wegen staatsfeindlicher Umtriebe seinerzeit zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt wurde, so unterstehen natürlich auch alle anderen Katholiken dem Gesetz, das die Bekämpfung der neuen staatlichen Ordnung mit Strafe bedroht; wie weit im Einzelfall eine solche gegenrevolutionäre Betätigung — wie sie zum Beispiel den im Juni verurteilten Geistlichen und Laien vorgeworfen wurde — als Tatsache angenommen werden muß, ist allerdings von außen her nicht zu entscheiden.

Auf protestantischer Seite hat es ebenfalls Schwierigkeiten im Verhältnis von Staat und Kirche gegeben, aber — wie die beiden erwähnten Pfarrer sagten — lange nicht in dem Maß wie etwa in Ostdeutschland. Die kleine Gruppe von Kirchenführern, die sich der sozialistischen Umgestaltung von Wirtschaft und Staat entgegengestellt habe, stehe durchaus isoliert da und sei keineswegs im Einklang mit der großen Mehrheit der ungarischen Protestanten. Der weltanschauliche Gegensatz zwischen Christentum und Kommunismus werde — wie das auch auf katholischer Seite erklärt wurde — keineswegs verhüllt, aber zu einem Kreuzzug gegen den marxistischen Atheismus liege keinerlei Anlaß vor; wo es immer möglich sei, stünden die Protestanten entschieden mit im Kampf für soziale Gerechtigkeit und Frieden, wie ihn das neue Regime führe, und beförderten so ein Klima der Verständigung und freundschaftlichen Zusammenarbeit. Das ist in der Tat die einzig mögliche Haltung, die auch nach meiner Überzeugung die Christen der sozialistisch-kommunistischen Umwälzung gegenüber einnehmen können. Zuerst müssen sie tätig beweisen, daß für sie der Weg «von Christus zu Marx» führt (um den ersten Halbtitel des Buches von Leonhard Ragaz zu zitieren), wenn sie es glaubwürdig machen wollen, daß für die Sozialisten und Kommunisten dann auch der Weg «von Marx zu Christus» führen muß.

Das gilt auch gegenüber Totalverdammungen des Kommunismus, wie sie etwa vor ein paar Wochen Professor Emil Brunner in der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 1991) aussprach. Die Entseelung des Menschen und Entmenschung der Welt, wie sie Brunner als Folge eines allgemeinen Sieges des Kommunismus an die Wand malt, droht ja wirklich nicht in erster Linie vom Kommunismus her, sondern vom Kapitalismus, von seiner «Vermassung» alles Einzellebens, seinem sittlichen Nihilismus, seiner gottfremden und menschenfeindlichen Wirtschaft, Politik und «Kultur». Alles, was man religiösen und christlichen Sozialismus zu nennen pflegt, geht von dieser erschütternden Tatsache

aus, und man weiß, daß der Sozialismus auch in seiner marxistischen und leninistischen Form die gewaltige Gegenbewegung gegen die Entmenschung und Entseelung der Welt durch den Kapitalismus und seinen Militarismus, Faschismus und Imperialismus ist — eine Gegenbewegung, die gewiß oft genug mit falschen Mitteln arbeitet, aber diese Mittel wie die dazugehörige Weltanschauung von der bürgerlich-kapitalistischen Welt bezogen hat. Um nur ein einziges Zeugnis für diese Erkenntnis aus der unübersehbaren Literatur darüber anzuführen, so sei an das 1913 erschienene Buch von Jean Matthieu «Das Christentum und die soziale Krise der Gegenwart» erinnert. Matthieu, den ja auch Brunner noch kannte und sicher hochachtete, hat darin schon vor bald einem halben Jahrhundert ebenso unwiderleglich wie eindringlich gezeigt, wie sehr der moderne Kapitalismus alle Freiheit, alle Persönlichkeit, alle Seele aus dem Menschen heraussaugt und ihn zu einer bloßen Nummer, einem bloßen Werkzeug un- und widerpersönlicher Mächte herabdrückt. Was würde er erst zu dem Kapitalismus von heute sagen, der sein dämonisch-seelenloses Wesen noch übersteigert hat und uns mit der gänzlichen atomaren Vernichtung bedroht — einer Vernichtung, die er mit den von *ihm* zuerst erfundenen und angewandten Kernwaffen ja schon längst begonnen hat? Es bleibt einfach dabei: die entscheidende Gefahr für die Seele und auch die ganze körperliche Existenz der Menschheit ist der mammonistische Ungeist und seine Verkörperung in der westlichen Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Und was wir am *Kommunismus* als falsch und gefährlich erkennen, wird im gleichen Maß überwunden werden, in dem die (vermeintliche) Notwendigkeit aufhört, den Kapitalismus durch Gewalt und Zwang abzuwehren. Jede andere Art von Kampf gegen den Kommunismus ist wirklichkeitsfremd und nur geeignet, die heutigen Kampfformen des Kommunismus zu rechtfertigen und zu befestigen. Das werden die *politischen* Antikommunisten mehr und mehr erfahren (Kennedy scheint wenigstens eine Ahnung von diesem Schicksal der westlichen Machtpolitik zu haben); erfahren werden es aber auch die ideologischen und religiösen Antikommunisten, denen sich Professor Brunner mit einer Kompromißlosigkeit zugesellt hat, die einer besseren Sache würdig wäre, aber auch mit einer Kompaßlosigkeit, die nur allzu kennzeichnend für ein gewisses westliches Christentum ist.

30. Juni *Hugo Kramer*